



Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt

»Die Russen kommen« – kein Grund zur Sorge

Es kommt Bewegung auf den deutschen Energiemarkt. Russische Unternehmen, allen voran Gazprom, schließen neue Verträge mit deutschen Unternehmen, dieses Mal RWE. Der Gazprom-Konkurrent Novatek will mit EnBW kooperieren. Besorgt fragen sich nun einige: „Was bedeutet dies für die Versorgungssicherheit, steigen die Preise?“

In der Vergangenheit haben vier große Konzerne das Marktgeschehen in Deutschland zum großen Teil unter sich aufgeteilt. Die Energiewende öffnet nun Möglichkeiten für neue Anbieter. Dabei ist es generell unerheblich, wo der Konzern herkommt. Ob eine Beteiligung an deutschen Konzernen möglich ist, entscheidet ohnehin das Kartellamt. Dass eben dieses vor einer möglichen Prüfung vorsorglich warnt, dass die Energiewende zu Marktmissbrauch und Stärkung der großen Energiekonzerne führen und somit der Verbraucher durch steigende Strompreise malträtiert werden wird, ist erstaunlich. Insbesondere, weil das Kartellamt im letzten Jahr explizit vor mangelndem Wettbewerb durch die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke gewarnt hatte. In diesem Fall zu Recht, denn in der Tat wurde die Marktmacht durch einseitige Laufzeitverlängerung eher gestärkt. Dies ist nun jedoch nicht der Fall, die Bedingungen haben sich eher in Richtung Wettbewerb verbessert.

Durch die Energiewende wird der Anteil erneuerbarer Energien zunehmen. Zeitgleich muss aber auch Ersatz für alte Kohlekraftwerke gefunden werden, und es ist sinnvoll, diese durch Gaskraftwerke zu ersetzen. Deutschlands Energieversorgung basiert noch immer zu über 40 Prozent auf Kohle. Diesen Anteil will man in den kommenden Jahren deutlich mindern. Gaskraftwerke sind flexibler einsetzbar und somit besser kombinierbar mit erneuerbaren Energien. Zudem verursachen sie deutlich weniger Treibhausgase. Gaskraftwerke sind die eigentliche Brückentechnologie.

Eine Kooperation mit Gasunternehmen macht daher grundsätzlich Sinn. Der einzige Haken ist jedoch: Russisches Gas ist zu teuer. Deutschland zahlt schon heute zu viel dafür.

Russische Gaslieferunternehmen halten immer noch an der Ölpreisbindung fest. Die Ölpreise folgen derzeit eigenen Marktgesetzen: Öl ist viel schneller knapp und wird somit immer teurer. Gas gibt es dagegen derzeit im Überfluss. Die USA haben durch verbesserte Bohrtechniken neue Quellen erschlossen. Das hat den Gasmarkt völlig verändert. Somit könnten die Gaspreise auch in Deutschland billiger sein. Der deutsche Energiekonzern Eon hat versucht, flexiblere Verträge auszuhandeln, bisher allerdings ohne Erfolg. Vielleicht entsteht nun durch den Wettbewerb mehr Druck auf die russischen Konzerne. Wenn dies nicht gelingen sollte, ist der Einsatz von Gas wirtschaftlich nicht attraktiv, der Bau von Gaskraftwerken wäre in Gefahr, und es würden mehr Kohlekraftwerke gebraucht.

Die Sorge vor Gasengpässen ist vor dem Hintergrund der Entspannung auf dem internationalen Gasmarkt unbegründet. Allerdings wäre es wichtig, dass neben der Diversifikation des Gasbezugs durch alternative Pipelinerouten auch die Möglichkeit geschaffen wird, Flüssiggas (LNG) nach Deutschland zu bringen. In Wilhelmshaven war lange ein LNG-Terminal geplant, Eon hat aber nach der Entscheidung für den Bau der Ostseepipeline davon abgesehen. Jetzt wäre es Zeit, dass neue Energieanbieter diesen Plan wieder aufnehmen. Was hingegen mit dem Gaspipelineprojekt Nabucco passieren wird, steht derzeit in den Sternen. Gazprom unterstützt das Konkurrenzprojekt South Stream und wird kaum für Nabucco eintreten. Wenn RWE aussteigen sollte, wird man neue Partner finden müssen, ob dies passieren wird, bleibt fraglich.

Grundsätzlich ist somit die Sorge vor russischen Energieunternehmen unberechtigt, wenn der Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt gestärkt wird. Deutschland sollte bestrebt sein, von den gesunkenen Gaspreisen zu profitieren und verstärkt auf Flüssiggas zu setzen. Das würde den Druck auf russische Gaslieferunternehmen verstärken, die Ölpreisbindung aufzugeben und künftig Marktpreise anzubieten.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spiess
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Frauke Braun
PD Dr. Elke Holst
Wolf-Peter Schill

Lektorat

Florian Walch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.